

# EU-Ost-Erweiterung auf Kurs

Irland billigt im zweiten Anlauf den Vertrag von Nizza

DUBLIN: Im zweiten Anlauf haben die Iren mit klarer Mehrheit den Vertrag von Nizza gebilligt und damit die Ost-Erweiterung der EU in greifbare Nähe gebracht. Wie die Wahlkommission gestern Abend in Dublin mitteilte, sprachen sich 63 Prozent der Wähler für das Abkommen aus, 37 Prozent stimmten mit Nein. Die internationale Gemeinschaft reagierte mit Freude und Erleichterung auf das Ergebnis.

Der Wahlkommission zufolge betrug die Beteiligung diesmal 49,5 Prozent. Die Auszählung der Resultate in allen 42 Wahlkreisen ergab 906 292 Ja- und 534 887 Nein-Stimmen. Ministerpräsident Bertie Ahern, der sich stark für eine Zustimmung zu dem Vertrag engagiert hatte, erklärte, die Iren hätten ein «deutliches Ja» zu der Erweiterung gesagt und die Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa «herzlich willkommen» geheissen.

Die Auszählung aus sechs Wahlkreisen in der Hauptstadt Dublin sowie einem ländlichen Stimmbezirk zeigten bereits am Samstag kurz nach Schliessung der Wahllokale eine Mehrheit für die Annahme. Dieser Trend wurde am Sonntag bestätigt, als auch die ersten per Hand ausgezählten Bezirke in Tipperary North und South ihre Ergebnisse meldeten.

## Vor einem Jahr abgelehnt

Beim ersten Referendum im Juni vergangenen Jahres hatten die Iren den Vertrag von Nizza noch abgelehnt. Damals stimmten 54 Prozent der Wähler mit Nein. Allerdings waren damals nur 34 Prozent der Stimmberechtigten an die Urnen gegangen. Vor der neuerlichen Abstimmung war klar,



Die Auszählung der Resultate in allen 42 Wahlkreisen ergab 906 292 Ja- und 534 887 Nein-Stimmen. (Bilder: Keystone)

dass die Zustimmung umso höher ausfallen würde, je mehr Iren zur Wahl gingen. Der auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 nach hartem Ringen geschlossene Vertrag soll die Brüsseler Institutionen fit für die Aufnahme von bis zu zwölf neuen Ländern machen. Enthalten ist darin die neue Stimmengewichtung im Ministerrat und die Zusammensetzung des europäischen Parlaments und der EU-Kommission. Alle 14 anderen EU-Staaten ausser Irland hatten das Dokument bereits ratifiziert.

**Schröder erfreut über Ergebnis**  
Bis Jahresende sollen nach einer

Empfehlung der EU-Kommission die Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern abgeschlossen sein. In diesen Beitrittsländern wurde das Ja der irischen Wähler einhellig begrüsst. «Es gibt Grund zur Freude», sagte der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski bereits kurz nach Bekanntwerden der ersten Trends am Sonntagmorgen.

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel erklärte, die Abstimmung sei von fundamentaler Bedeutung für die Zukunft Europas. In der Slowakei sagte der für die EU zustän-

dige Chefunterhändler Jan Figl, die Iren hätten die Bedingungen zur Überwindung der Teilung Europas geschaffen, deren Abbau 1989 begonnen habe. Der ungarische Aussenminister Laszlo Kovacs sagte, die Zukunft Europas habe in den Händen der Iren gelegen, die ihrer Verantwortung gerecht geworden seien. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder äusserte sich erfreut über den Ausgang des Referendums. «Die Menschen in Irland sind sich ihrer grossen Verantwortung für Europa bewusst gewesen», erklärte der Kanzler in Berlin. Mit dieser Entscheidung sei der Weg frei für eine Erweiterung der Europäischen Union.

## Rekord bei Parlamentswahl

PODGORICA: Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Montenegro hat sich gestern eine Rekordbeteiligung abgezeichnet. Bis zum frühen Abend gaben bereits mehr als 66 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Unabhängige Beobachter rechneten bis zur Schliessung der Wahllokale um 21 Uhr mit einem Anstieg auf fast 80 Prozent. Die Wahl galt als entscheidend für die staatliche Zukunft der jugoslawischen Republik, da einige Parteien eine Fortsetzung der Allianz mit Serbien befürworteten, während andere die Unabhängigkeit anstrebten. Rund 455 000 Stimmberechtigte waren aufgerufen, über die Sitzverteilung im 75-köpfigen Parlament von Podgorica abzustimmen. Als Favorit ging die regierende Demokratische Partei der Sozialisten von Präsident Milo Djukanovic ins Rennen. Djukanovic befürwortet einen lockeren Staatenbund mit Serbien, wie er im März unter EU-Vermittlung ausgehandelt wurde. Demnach soll es statt der bisherigen Bundesrepublik Jugoslawien eine Union zweier weitgehend autonomer Staaten Serbien und Montenegro geben. Die Liberale Allianz, die für die Unabhängigkeit Montenegros eintritt, entzog der Regierung im Mai ihre Unterstützung. Doch auch die Sozialistische Volkspartei, bestehend aus Anhängern einer engeren Verbindung mit Serbien, stellte sich gegen Djukanovic. Dieser rief schliesslich Neuwahlen aus. Djukanovic zeigte sich bei der Stimmabgabe zuversichtlich, dass seine Partei wieder das neue Kabinett stellen werde. Montenegro brauche eine stabile Regierung und müsse den Weg in Richtung Europa weitergehen, sagte er.

## Kampfausbildung gegen den Irak

WASHINGTON: Als mögliche Helfer bei einem Angriff auf Bagdad wollen die USA mehrere tausend irakische Gegner von Staatschef Saddam Hussein militärisch ausbilden. Präsident George W. Bush habe einen entsprechenden Erlass unterzeichnet, bestätigten Regierungskreise in Washington entsprechende Zeitungsberichte. Irak machte am Sonntag die USA dafür verantwortlich, dass neue Rüstungskontrollen noch nicht begonnen hätten. Dazu aber fehlte noch eine Einigung im Weltsicherheitsrat. Wie in Washington verlautete, wurden mehr als 1000 irakische Oppositionelle bereits auf ihre Eignung für eine Kampfausbildung oder ein Spezialtraining untersucht. Die erste Ausbildungsphase könne im November beginnen. Bush habe für dieses Programm 92 Millionen Dollar bereitgestellt. Vorgeschlagen worden seien die Kandidaten vom Irakischen Nationalkongress, einer in London ansässigen Organisation von Exilirakern, hiess es. Die «Washington Post» hatte zuvor über eine Kampfausbildung für bis zu 5000 irakische Oppositionelle berichtet. Amerikanische und französische Diplomaten suchten derweil weiter nach einer Kompromissformel für eine neue Irak-Resolution. Die US-Regierung bekräftigte ihr Interesse an einer gemeinsamen Entschliessung, betonte aber, sie werde gegebenenfalls allein im Interesse ihrer nationalen Sicherheit handeln. Der Chef der UN-Waffenkontrollure, Hans Blix, hatte letzte Woche erklärt, sein Team werde erst nach Verabschiedung einer Resolution, die das Mandat der Inspektoren präzisiere, nach Bagdad reisen. Irak warf den Vereinten Nationen vor, sich nicht an die Vereinbarung vom 16. September gehalten zu haben, bis zum 19. Oktober ein Vorsteuern zu entsenden. Dafür machte Bagdad in erster Linie die USA verantwortlich. Nach irakischer Auffassung hätten die neuen Waffeninspektionen längst beginnen können. US-Aussenminister Colin Powell betonte, die Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen sei das oberste Ziel der Vereinten Staaten. Dies sei wichtiger als ein Sturz von Saddam Hussein.

## Möllemann zurückgetreten

Parteiinterner Druck wegen Spendenaffäre

DÜSSELDORF: Unter dem Druck der Spendenaffäre um sein Wahlkampfkonto ist Jürgen Möllemann als FDP-Landes- und Fraktionschef in Nordrhein-Westfalen zurückgetreten. Damit gab er nach seinem Abgang als nationaler FDP-Vize alle Parteiämter ab.

Nach Erkenntnissen der Bundes-FDP soll Möllemann ab dem 20. September auf einem Wahlkampf-Sonderkonto 838 000 Euro (1,2 Millionen Franken) geparkt und dabei gegen das Parteiengesetz verstossen haben. Möllemann stand bis Sonntag unter starkem Druck des Bundes- und des Landesvorstandes, die Namen der Spender zu nennen, die ihm mit dem Geld ein umstrittenes Wahlflugblatt finanziert haben.

## Erneute Angriffe auf Israel und Friedman

In dem in Millionenauflage verbreiteten Flyer hatte Möllemann erneut Israel und den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, angegriffen. Wegen vormaligen Attacken gegen Jerusalem und Friedman während des Wahlkampfes war Möllemann nach den Bundestagswahlen vom 22. September als stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender zurückgetreten. FDP-Chef Guido Westerwelle hatte ihn am Wochenende mehrfach aufgefordert, die Spender zu nennen. Ansonsten werde der FDP-Landesvorstand am Montag Konsequenzen ziehen.

## Schaden vermeiden

Er werde sicherstellen, dass die FDP durch ihn keinen finanziellen Schaden erleide, versicherte Möllemann nun am Sonntagabend in einer in Düsseldorf verbreiteten persönlichen Erklärung.



Jürgen Möllemann ist zurückgetreten.

Möllemann schrieb von einer «Jagd aus den eigenen Reihen». Kurz vor einem für Anfang Oktober geplanten Sonderparteitag war Möllemann mit Herzrhythmusstörungen ins Spital eingeliefert worden. Der Rücktritt als Fraktionschef falle ihm besonders schwer, so Möllemann. Er wolle aber nicht, dass die Geschlossenheit und politische Kraft der Fraktion seinetwegen in Frage gestellt werde. «Über meinen künftigen Beitrag zur Politik im Einzelnen werde ich nach meiner Genesung entscheiden.» Seine Ärzte hätten ihm zwingend verordnet, vor Anfang Dezember keine berufliche Tätigkeit wieder aufzunehmen. FDP-Chef Westerwelle nannte den Schritt Möllemanns «ebenso konsequent wie notwendig».

## Streit über Atomwaffenprogramm

Nord- und Südkorea: Atomrüstung

SEOUL: Nach dem überraschenden Eingeständnis Nordkoreas, heimlich an einem Atomwaffenprogramm gearbeitet zu haben, hat sich der internationale Druck auf das kommunistische Land erhöht.

Die Regierung in Pjöngjang müsse ihre heimlich betriebene Atomrüstung «unverzüglich» beenden, forderte der US-Sondergesandte James Kelly am Wochenende in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Ein Ultimatum wollten die USA aber vorerst nicht stellen. Die «New York Times» berichtete unter Berufung auf einen hochrangigen US-Regierungsbeamten, Washington wolle Nordkorea vor die Wahl stellen, entweder sein Atomprogramm aufzugeben oder in nahezu vollständige wirtschaftliche Isolation zu geraten.

## «Düstere Stimmung»

In Pjöngjang lieferten sich Regierungsvertreter aus Nord- und Südkorea gestern heftige Wortwechsel. Die Stimmung sei «düster», sagte der südkoreanische Delegationssprecher. Auf die Forderung nach einem Ende des Nuklearprogramms habe sein Land «keine klare Antwort» erhalten. Bei den Gesprächen forderte Südkorea von Pjöngjang, «sofort mit allen betroffenen Ländern in einen offenen Dialog zu treten». «Unsere Seite hat klargestellt, dass wir gegen jede nukleare Entwicklung sind», sagte der Sprecher der südkoreanischen Delegation.

Der nordkoreanische Delegationsleiter Kim Ryong Song sagte, Nordkorea sei immer «seinen Weg gegangen, ungeachtet dessen, ob der Wind

von Westen her wehte». Das Treffen im Volkskulturlalast in Pjöngjang war die achte Runde der ministeriellen Treffen, die der Annäherung beider Länder dienen sollen.

## Kelly in Japan

Auf der letzten Etappe seiner Asien-Rundreise traf Kelly unterdessen in Tokio ein. Dort solle eine gemeinsame Position der USA und Japans am Nordkorea-Frage abgestimmt werden, berichtete die japanische Nachrichtenagentur Kyodo. Nordkoreas Verbündeter China forderte nach einem Besuch Kellys in Peking eine «Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel». Die Frage des Nuklearprogramms Nordkoreas solle «durch Dialog und Verhandlungen friedlich gelöst werden», sagte eine Sprecherin des Aussenministeriums.

Nordkorea hatte sich 1994 in einem Abkommen mit den USA verpflichtet, sein Atomwaffenprogramm einzufrieren. Am Mittwoch verkündeten die USA überraschend, Nordkorea habe die Weiterentwicklung des Programms eingestanden.

## Abkommen hinfällig

Damit werde das gemeinsame Abkommen nach Nordkorea auch für die Vereinigten Staaten hinfällig, sagte US-Aussenminister Colin Powell gestern. Ein Vertrag sei praktisch annulliert, wenn einer der Partner ihn als nichtig bezeichne.

Nach den Enthüllungen über eine Fortsetzung des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms werde Washington jedoch keine «voreiligen Konsequenzen» ziehen, sagte Powell.